

// Im Blickpunkt

Seit dem 25.6.2008 liegt das europäische Statut zur Schaffung der Europäischen Privatgesellschaft (Societas Privata Europaea = SPE) im Verordnungsentwurf vor. Diese neue supranationale Rechtsform bildet das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe. *Steinberger* plädiert im Editorial für eine schnelle Verabschiedung der SPE, *Maul/Röhrich* geben in diesem Ressort einen Überblick über die Grundzüge der SPE und zeigen ihre praktischen Einsatzmöglichkeiten auf und *Landfermann/Richard* setzen sich im Ressort Bilanzrecht und Betriebswirtschaft kritisch mit dem Thema Kapitalerhaltung auseinander.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht



// Standpunkt



von **Dr. Fabian Stancke**,
Latham & Watkins LLP, Hamburg

Bundeskartellamt kriminalisiert Marktinformationssysteme

Das Bundeskartellamt (BKartA) hat Ende Juni erstmals ein Marktinformationssystem ohne begleitende Preis- oder Quotenabsprachen mit einem Bußgeld in Höhe von zehn Mio. Euro belegt. Damit steigt das Risiko von Unternehmen und Verbänden, wegen bloßen Informationsaustausches kartellrechtlich verfolgt zu werden. Dieses Risiko betrifft u.a. Verbandsstatistiken und Benchmarkingprojekte. In dem nun entschiedenen Fall hatten Wettbewerber u. a. Informationen zu Umsatzzahlen, Werbeausgaben, Produktneuheiten, Erfolg bestimmter Verpackungsgrößen, vertragsbrüchigen Vertriebspartnern und interner Organisationsstruktur ausgetauscht.

Anerkannt ist, dass der Austausch von Informationen zwischen Wettbewerbern gegen das Kartellverbot verstoßen kann. Ein solcher Informationsaustausch war allerdings nach bisher überwiegender Meinung – anders als etwa Preisabsprachen – nicht *per se* rechtswidrig und wurde durch das BKartA nicht mit Bußgeldern belegt, solange der Informationsaustausch nicht mit weitergehenden Kartellabsprachen einherging. Nunmehr bebußt das BKartA bereits den bloßen Informationsaustausch. Dies gilt selbst dann, wenn die beteiligten Unternehmensvertreter eine Wettbewerbsbeschränkung aus wirtschaftlicher Sicht nicht für möglich halten und eine solche Wettbewerbsbeschränkung auch nicht beabsichtigen.

Bis zur gerichtlichen Klärung, ob diese Kartellamtspraxis rechtmäßig ist, werden Unter-

nehmen und Unternehmensberatungen ebenso wie Verbände besonders sorgfältig prüfen müssen, ob ihre Informations- und Statistikerarbeit ein Bußgeldrisiko auslöst. Angesichts der mit einem Kartellverstoß verbundenen erheblichen Bußgeld- und Organhaftungsrisiken sollten Marktinformationssysteme und Benchmarkingprojekte vor ihrer Durchführung *kartellrechtskonform strukturiert* werden. So hat das BKartA festgestellt, dass die Geschäftsleitung – auch persönlich – haftet, wenn sie nicht mittels der Einholung qualifizierten Rechtsrats für Kartellrechts-Compliance sorgt. In jedem Fall empfiehlt sich für jedes Projekt eine Einzelfallbetrachtung, um sowohl kartellrechtliche Compliance als auch größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen des Marktvergleichs, der Statistik oder des Benchmarkingprojekts zu gewährleisten.

➔ *Dazu demnächst der ausführliche Beitrag von Stancke.*

Entscheidungen**BGH: Zur Haftung wegen existenzvernichtenden Eingriffs**

Mit Beschluss vom 2.6.2008 – II ZR 104/07 – hat der BGH entschieden: An einem die Haftung nach § 826 BGB begründenden existenzvernichtenden Eingriff fehlt es, wenn der Gesellschafter zwar Forderungen der GmbH gegen Dritte auf ein eigenes Konto einzieht, mit diesen Mitteln jedoch Verbindlichkeiten der Gesellschaft begleicht und zusätzlich in beträchtlichem Umfang aus eigenem Vermögen weitere Gesellschaftsschulden tilgt.

Volltext des Beschl.: // **BB-ONLINE** BBL2008-1573-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Unwirksame Lastschriftklausel im Mitgliedvertrag eines Sportstudios

Der BGH entschied mit Urteil vom 29.5.2008 – III ZR 330/07 – wie folgt: Die in formularmäßigen

Mitgliedsverträgen eines Sportstudios enthaltene (Lastschrift)Klausel:

„Das Mitglied erteilt dem Studio . . ., soweit keine Überweisung vereinbart ist, bis auf Widerruf die Berechtigung, den Beitrag per Bankeinzug monatlich abzubuchen.“

ist auch unter Berücksichtigung des im Verbandsprozess geltenden Grundsatzes der kundenfeindlichsten Auslegung lediglich als grundsätzlich zulässige Vereinbarung einer Einziehungsermächtigung zu verstehen, enthält dagegen nicht die Verpflichtung des Verbrauchers, an dem ihn regelmäßig unangemessen benachteiligenden Abbuchungsauftragsverfahren teilzunehmen.

Volltext des Urteils: // **BB-ONLINE** BBL2008-1573-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Verrechnungsermächtigung eines Sozialleistungsträgers in der Insolvenz

Der BGH hat mit Beschluss vom 29.5.2008 – IX ZB 51/07 – entschieden: Ermächtigt ein Sozialleistungsträger, bevor über das Vermögen des Leistungsberechtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird, einen zweiten Leistungsträger, seine Ansprüche mit der dem zweiten Leistungsträger obliegenden Geldleistung zu verrechnen, ist diese Ermächtigung in der Insolvenz des Leistungsberechtigten grundsätzlich wirksam.

Volltext des Beschl.: // **BB-ONLINE** BBL2008-1573-3 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**ICC veröffentlicht Richtlinie zum Whistleblowing**

Die Internationale Handelskammer (ICC) hat als erste Organisation der Weltwirtschaft Richtlinien zum Whistleblowing veröffentlicht. Die Richtlinien können einen globalen Standard etablieren und sollen Unternehmen dabei helfen, entsprechende Programme einzuführen.

(Quelle: PM JCC vom 15.7.2008)

➔ *Dazu in der nächsten Ausgabe des „Betriebs-Berater“ der Standpunkt von Niemeyer.*